

# Funkstille zwischen Gemeinde und K+S

Giesener Bauamtsleiterin übt deutliche Kritik an Kasseler Unternehmen / Firmensprecher weist Vorwürfe zurück



Die Zufahrt zum künftigen Werksgelände ist einer der strittigen Punkte zwischen Gemeinde und dem Unternehmen K+S.

FOTO: GOSSMANN

Von Viktoria Hübner  
und Sebastian Knoppik

**Giesen.** Derzeit werden die Unterlagen für die Wiederinbetriebnahme des Kalibergwerks in Giesen in den Rathäusern der betroffenen Gemeinden erneut öffentlich ausgestellt. Doch zwischen der Gemeinde Giesen und der Firma K+S herrscht derzeit offenbar Funkstille. Wobei man sich selbst über die Frage nicht einig ist, ob man noch miteinander redet.

Das Unternehmen hat zwar vor Kurzem seine Pläne, unter Giesen und Sarstedt wieder Kali abzubauen, auf Eis gelegt. Allerdings läuft das Planfeststellungsverfahren dazu weiter. Denn das Unternehmen hat sich die Option offen gehalten, bis zu fünf Jahre nach dem Planfeststellungsbeschluss das Giesener Bergwerk doch noch wiederzueröffnen.

Derzeit läuft im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens eine erneute Anhörung. Die Antragsunterlagen, die in einigen Punkten geändert wurden, liegen in den Rathäusern der betroffenen Kommunen aus. Gemeinde, Verbände, Behörde, aber auch Bürger können dazu Stellungnahmen abgeben.

Auch die Gemeinde Giesen beteiligt sich natürlich wieder. Doch die Chemie zwischen beiden Seiten scheint nicht mehr zu stimmen. Jedenfalls berichtete Bauamtslei-

„  
Es ärgert mich maßlos, dass wir von K+S widersprüchliche Unterlagen bekommen haben.“

Ilka Schimmelpfennig  
Bauamtsleiterin

terin Ilka Schimmelpfennig kürzlich in der Bauausschuss-Sitzung, dass es seit mehr als einem Jahr keine Gespräche mehr mit K+S-Vertretern gegeben habe. „Vor dem Erörterungstermin im November 2015 sind die Abstimmungen mit uns abgebrochen. Seitdem hat es keine Gespräche mehr mit K+S gegeben.“

Diese Aussage schien Lars Hampel (Grüne) so kurios, dass er noch einmal nachfragte: „Nur zum richtigen Verständnis: K+S spricht nicht mit der Gemeinde – und umgekehrt.“ Die knappe Antwort Schimmelpfennigs: „Genau.“

Hubert Jahns (SPD) zeigte sich enttäuscht, dass der Draht zwischen beiden Seiten offenbar abgebrochen ist. „Es sollte versucht werden, die Gespräche – so gut es geht – wieder aufzunehmen.“

Unternehmenssprecher Ulrich Göbel wundert sich nach eigenen Angaben über die Behauptung, man spreche nicht mehr miteinander. Er berichtet, dass es auch im Jahr 2016 mehrere Kontakte des Unternehmens mit Gemeindevertretern gegeben habe, unter anderem einen Besuch von Bürgermeister Andreas Lücke im Frühjahr. „Wir können uns auch nicht erinnern, Gesprächsanfragen der Gemeinde abgewiesen zu haben“, sagte Lücke.

In jedem Fall scheint das Klima zwischen beiden Seiten nicht be-

sonders gut zu sein. Schimmelpfennig kritisierte nämlich auch das Vorgehen von K+S bei den geänderten Antragsunterlagen. „Es ärgert mich maßlos, dass wir von K+S widersprüchliche Unterlagen bekommen haben“, sagt die Bauamtsleiterin. So passe der Plan, auf dem das Werk eingezeichnet ist, nicht zu den Verkehrsplänen. Laut Schimmelpfennig sind auf dem Plan Straßen eingezeichnet, die nur 4,50 Meter breit und für LKW nicht geeignet seien.

Eigentlich sollte es zu den Erschließungsstraßen einen städtebaulichen Vertrag zwischen Gemeinde und Unternehmen geben, zu dem es aber bislang nicht gekommen ist.

Das Unternehmen habe eine Beteiligung am Ausbau der Umgehungsstraße angeboten, sagt Göbel nun. „Die Gemeinde hatte darauf mit Forderungen reagiert, die aus Unternehmenssicht weit überzogen und unangemessen waren. Daher ist der Ausbau der Schachtstraße Teil der Planungen geworden.“

Die Strukturierung des Werksgeländes wiederum liege in der „Planungshoheit“ von K+S bescheidet Göbel der Gemeinde: „Wenn dazu aus Sicht der Gemeinde Anregungen oder Bedenken geltend gemacht werden, so ist dies im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung möglich.“